

2. Kantonale Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

Antrag des Regierungsrates vom 25. Oktober 2017 und geänderter Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 2. April 2019

Vorlage 5404a

Ratspräsident Dieter Kläy: Eintreten auf die Volksinitiative ist obligatorisch. Eintreten auf den Gegenvorschlag liegt im Ermessen des Rates. Wir führen zuerst die Grundsatzdebatte. Der Minderheitsantrag wird in der Detailberatung begründet.

Zudem haben wir am 13. Mai 2019 beschlossen, dass eine Vertretung des Initiativkomitees an den Verhandlungen teilnehmen und ihre Initiative begründen kann. Ich begrüsse zu diesem Geschäft Patrick Eugster.

Zuerst führen wir die Grundsatzdebatte zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag. Dann stimmen wir ab über Eintreten und den Gegenvorschlag, das ist Teil B der Vorlage. Falls Sie eintreten, folgt die Detailberatung des Gegenvorschlags. Wenn Sie auf den Gegenvorschlag nicht eintreten, dann bereinigen wir Teil A der Vorlage.

Grundsatzdebatte

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Referent der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 8 zu 7 Stimmen, sowohl der Volksinitiative der Jungfreisinnigen als auch dem Gegenvorschlag der WAK zuzustimmen.

Mit der am 16. August 2017 eingereichten Mittelstandsinitiative wird verlangt, dass die Nullstufe, das heisst der Betrag, bis zu dem keine Einkommenssteuer anfällt, im Grundtarif von 6700 Franken auf 10'000 Franken und im Verheiratenentarif von 13'500 Franken auf 19'000 Franken erhöht wird. Auch die nachfolgenden Progressionsstufen werden in der Regel weiter oder zumindest gleich weit gesetzt als in den bisherigen Tarifen. Damit setzen die jeweiligen Progressionsstufen später ein als bisher. Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13 Prozent entfällt und die neue höchste Progressionsstufe von 12 Prozent setzt im Grundtarif nicht mehr ab 188'700 Franken, sondern erst ab 197'600 Franken und im Verheiratetenentarif nicht mehr ab 284'800 Franken, sondern erst ab 302'300 Franken ein.

Verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen führen die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen. Ausgehend von den für das Budget 2018 geschätzten Einkommenssteuern werden – bei statischer Betrachtung – die Steuerausfälle für den Kanton auf 360 Millionen Franken beziffert. Hinzu kämen Ertragsverluste bei den Gemeinden in

ungefähr gleicher Höhe. Deren Einkommensteuer-Erträge reduzierten sich somit zwischen 7 und 12 Prozent.

Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Hauptstossrichtung der Mittelstandsinitiative, nämlich die Entlastung aller Steuerpflichtigen. Sie unterstützt sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag. Mit der Erhöhung des Freibetrags um 16 Prozent werden Steuerpflichtige mit sehr tiefen und tiefen Einkommen wesentlich und der breite Mittelstand, der über die Hälfte aller Einkommenssteuern bezahlt, moderat entlastet.

Für Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen, die einen überproportionalen Teil von 35 Prozent zum gesamten Steuersubstrat beitragen, soll künftig die oberste Progressionsstufe wie bei der Mittelstandsinitiative bei 12 Prozent liegen. Auch der Gegenvorschlag erhöht somit die Attraktivität des Kantons Zürich für diese Bevölkerungsgruppe und führt über die Zeit zu einem Anstieg der Zuzüge sowie zu weniger Wegzügen, Stichwort «dynamische Komponente». So kann das Steuersubstrat, das im Kanton Zürich in den letzten Jahren rückläufig war, wieder stabilisiert werden.

Mit diesen Massnahmen nimmt der Kanton Zürich bei allen Einkommensklassen im nationalen Ranking eine bessere Position ein. Die rein statischen Steuerausfälle betragen beim Gegenvorschlag für den Kanton schätzungsweise rund 225 Millionen Franken. Diese Ertragsausfälle sind nach Ansicht der Kommissionsmehrheit verkraftbar und werden durch den erwarteten dynamischen Effekt mehr als kompensiert.

Die Kommissionsminderheit hingegen lehnt sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag ab. Auch der Gegenvorschlag wäre für den Kanton mit hohen Ertragsverlusten verbunden. Für die Gemeinden beliefen sie sich ebenfalls auf rund 225 Millionen Franken beziehungsweise zwischen 5 und 7 Prozent der Einkommenssteuern. Diese Steuerausfälle sind auch wegen der finanziellen Herausforderungen des Kantons und der Gemeinden, etwa als Folge der «Steuervorlage 17» (*Vorlage 5495*), aus Sicht der Minderheit nicht vertretbar. Zudem haben es 2011 die Stimmberechtigten an der Urne im Kontext des Steuerpaketes des Regierungsrates (*Vorlage 4516*) sowie der Kantonsrat 2014 im Rahmen der parlamentarischen Initiative «Steuerentlastungen auf Erwerbseinkommen und Vermögenserträgen» (*KR-Nr. 189/2016*) bereits zweimal abgelehnt, die oberste Progressionsstufe zu streichen. So viel zu den Argumenten von Mehr- und Minderheit und im Namen der WAK beantrage ich Ihnen, sowohl der Volksinitiative als auch dem Gegenvorschlag der WAK zuzustimmen.

Patrick Eugster, Vertreter der Initiativkomitees: Vielen Dank, dass ich heute die Mittelstandsinitiative im Namen der Jungfreisinnigen Kanton Zürich hier im Kantonsrat vertreten darf.

Die Mittelstandsinitiative löst ein Problem, ein Standortproblem. Im Kanton Zürich sind tiefe und hohe Einkommen sehr hoch besteuert im Vergleich mit anderen Kantonen. Wir haben deswegen unsere Initiative lanciert und möchten die tiefen

Einkommen massiv entlasten, aber auch bei den hohen Einkommen die oberste Progressionsstufe streichen. Wir stärken so den Standort Zürich. Wir möchten aber auch die Einkommenssteuern für den Mittelstand senken, um etwa 15 Prozent, denn von der guten Finanzlage sollen alle profitieren. Eine durchschnittliche Familie erhält so 1100 Franken mehr pro Jahr. Wirklich alle profitieren, es ist also ein Kompromiss, der mehrheitsfähig ist, von links bis rechts.

Beginnen wir links: Liebe Sozialdemokraten, ich bin letzte Woche auf ein sehr interessantes Zitat gestossen. Es ist zwar, muss ich fairerweise sagen, mittlerweile doch schon einige Jahre alt, aber es passt einfach so gut zur heutigen Debatte: «Wenn wir zusammen eine Steuerstrategie entwickeln und realisieren können, zu der es gehört, dass die oberste Progressionsstufe fällt, dann kann ich dazu Hand bieten. Dann müsste aber auch eine Massnahme zugunsten unterer Einkommen beschlossen werden. Aber dann bin ich absolut bereit, über die höchste Progressionsstufe zu verhandeln», gesagt vom damaligen Fraktionspräsidenten der SP, Ruedi Lais (*Heiterkeit*). Das ganze Interview ist übrigens lesenswert, denn es steht für eine sozialdemokratische Politik, die nicht den Sozialismus einführen will und nicht zu allem Nein sagt, sondern unseren Kanton vorwärtsbringen will und gleichzeitig aber auch schaut – ganz wichtig –, dass die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht zurückgelassen werden. Die Vorteile des Steuerwettbewerbs werden nicht geleugnet, sondern anerkannt und begrüsst, solange er denn nicht ausartet. Ja wann, wenn nicht jetzt, liebe Sozialdemokraten, können wir auch die unteren Einkommen entlasten, wie ihr dies vor einigen Jahren noch gefordert habt? Wollt ihr warten, bis in vier Jahren vielleicht wieder eine rechtsbürgerliche Mehrheit existiert, die nur die Steuern für die Reichen senken will? Einige von euch oder viele hier im Saal mögen jetzt sagen: «Nein, wollen wir nicht, aber das ist genau der Punkt: Nur die Reichen profitieren von eurer Initiative.» Nein, das ist falsch, tiefe Einkommen und der Mittelstand profitieren, etwa die Hälfte der Steuerersparnisse geht an den Mittelstand, nur 10 Prozent gehen an die Reichen. Für alle statt für wenige, liebe SP.

Einige mögen jetzt trotzdem die Hände werfen: Ja gut, aber die Kosten! Ja, der Regierungsrat rechnet mit 750 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden. Das ist viel Geld, aber mittelfristig lohnt sich das für uns, weil wir wieder attraktiver werden für hohe Einkommen und so dank Zuzüglern mehr Steuereinnahmen generieren. Einige mögen jetzt natürlich einwenden: «Ja, ja, das Argument ist längst überholt, die Reichen bleiben ja trotz der hohen Steuern hier.» Schauen wir doch mal die Zahlen des Statistischen Amtes des Kantons Zürich an: Im Kanton Zürich sind zwischen 2008 und 2015 – das sind einfach die neusten Zahlen, die es gibt – netto fünf Einkommensmillionäre zugezogen – fünf. Statt 1235 sind es jetzt 1240, faktisch ein Nullwachstum. In derselben Periode hat die Anzahl der Steuerpflichtigen um 8 Prozent zugenommen. Die Reichen meiden also den Kanton Zürich und gehen in die anderen Kantone, wo die Anzahl Einkommensmillionäre eben deutlich zugenommen hat; nicht nur in Schwyz und Zug übrigens. Die Leute arbeiten hier im Kanton Zürich, sie benutzen die Infrastruktur, die Hoch-

schulen, den Flughafen, aber sie wohnen nicht hier und bezahlen hier keine Steuern. Das ist absurd. Das dynamische Argument hat übrigens auch der Regierungsrat vor acht Jahren verwendet, als er für die damalige Steuergesetzänderung warb. Die Vorlage wollte vor allem hohe Einkommen und auch tiefe Einkommen entlasten. Kostenpunkt der damaligen Vorlage, ganz interessant: 400 Millionen Franken für den Kanton, 450 Millionen Franken für die Gemeinden, total, wenn ich richtig rechne, 850 Millionen Franken für beides. Wir erinnern uns: Unsere Initiative kostet nur 750 Millionen Franken. Die damalige Abstimmung ist übrigens noch spannend: Die GLP hatte einen konstruktiven Gegenvorschlag – das gab es damals noch – eingereicht, der unserer Initiative sehr stark ähnelt; dies, weil bei den Reichen keine Radikalkur vorgenommen werden sollte wie beim Regierungsratsvorschlag, sondern einzig die oberste Progressionsstufe gestrichen werden sollte, zusätzlich dann zu Anpassungen unten und beim Mittelstand. Liebe GLP, ich hoffe deswegen, dass wir heute wieder auf eure Unterstützung zählen dürfen. Kostenpunkt des damaligen GLP-Vorschlags übrigens: 800 Millionen Franken. Einen weiteren konstruktiven Gegenvorschlag hat interessanterweise auch die SP eingereicht. Jetzt müsst ihr aufpassen: Sie kritisierte die Steuergeschenke an Reiche und wollte stattdessen den Mittelstand stärker entlasten, Kostenpunkt eures Gegenvorschlags damals: 850 Millionen Franken.

Und nun stehen wir heute also da, haben eine Initiative, die sowohl tiefe und mittlere wie auch hohe Einkommen entlasten will, die also alle Anliegen von euch hier drin, von euch allen, unter einen Hut bringt, den Standort Zürich verbessert, gesamthaft nur 750 Millionen statt über 800 Millionen Franken kostet, und alle sagen «Wir können das nicht finanzieren»? Ich weiss, einige mögen nun einwenden «Ja gut, mittelfristig klappt das vielleicht irgendwie, aber kurzfristig ist die Initiative halt einfach nicht finanzierbar, die Situation heute ist eine andere als noch vor acht Jahren». Ja, wenn ich mir die Finanzen anschau, dann ist das tatsächlich so, die Situation ist heute eine andere. Aber sie ist besser. Kantonaler Überschuss 2016: 390 Millionen Franken, 2017: 367 Millionen Franken, 2018: 548 Millionen Franken, im Durchschnitt sind 435 Millionen Franken pro Jahr. Unsere Initiative kostet allein den Kanton nur 360 Millionen Franken. Unsere Initiative ist finanziert ohne eine einzige Leistungskürzung.

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter hier drin mögen jetzt vielleicht meinen «Ja, aber die Gemeinden, die Gemeinden, da wird's schwieriger». Ich weiss, für die Gemeinden ist es tatsächlich schwieriger. Ich war selbst fünf Jahre lange Sozial- und Gesundheitsvorstand in meiner Gemeinde. Auch den Gemeinden geht es nicht so schlecht. Kommunaler Überschuss 2016: 372 Millionen Franken, 2017: 512 Millionen Franken, für 2018 sind die Zahlen leider noch nicht draussen, sie kommen erst Ende Juni. Aber wenn ich die grössten Gemeinden anschau, schlossen die meisten mit einem Überschuss ab und durchs Band besser als budgetiert. Im Durchschnitt ist das ein Überschuss von 442 Millionen Franken pro Jahr für Gemeinden. Unsere Initiative kostet die Gemeinden weniger als 400 Millionen Franken. Liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, unsere Initiative ist finanziert ohne eine einzige Leistungskürzung.

So, ich glaube, meine Zeit ist bald um. Zum Schluss aber noch: Ich weiss, es ist Wahljahr, und jeder schaut nur für sich. Und die Lösungen der anderen sind per se immer schlecht. Wir haben im Kanton Zürich die einmalige Chance, erwachsen zu sein und dieses Vorurteil zu widerlegen, indem wir zeigen, dass wir gemeinsam bereit sind, den Kanton Zürich zu stärken. Nachhaltigkeit braucht es nicht nur in der Umwelt, sondern auch bei unseren Rahmenbedingungen. Vielen Dank für Ihr Ja zur Mittelstandsinitiative.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Die SVP-Fraktion unterstützt die Mittelstandsinitiative und auch den abgeschwächten Gegenvorschlag der WAK-Mehrheit. Die SVP steht wie immer zu ihren politischen Zielen, wo Steuersenkungen für alle weit oben bei den Traktanden stehen. Auch wenn die Initiative nicht von unserer Partei eingereicht wurde, unterstützen wir dementsprechend deren Ziel, die Steuerbelastung aller natürlichen Personen zu senken.

Mit der Mittelstandsinitiative wird unter anderem auch verlangt, dass die Nullstufe erhöht wird. Wie bei der JUSO-Initiative (*Vorlage 5388*) bereits erwähnt, sehen wir diesen Punkt eher skeptisch, wenn noch weniger Personen effektiv ihren Anteil zu den Staatsausgaben beitragen. Aber das übergeordnete Ziel der Initiative und auch des Gegenvorschlags der allgemeinen Senkung der Besteuerung natürlicher Personen überwiegen diesen Punkt bei weitem. Auch die nachfolgenden Progressionsstufen werden alle entlastet und, verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen, führen die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen. Mit der erwähnten Erhöhung des Freibetrags werden Steuerpflichtige mit sehr tiefen und tiefen Einkommen wesentlich, der breite Mittelstand, der über die Hälfte aller Einkommenssteuern bezahlt, moderat entlastet. Für Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen, die einen überproportionalen Teil von 35 Prozent – ich sage es nochmals: über einen Drittel – des Steuersubstrats beitragen, soll künftig die oberste Progressionsstufe bei 12 Prozent liegen.

Mit diesen Massnahmen nimmt der Kanton bei allen Einkommensklassen im nationalen Rankig eine bessere Position ein. Die anfangs erwarteten Ertragsausfälle sind aus unserer Sicht durchaus verkraftbar und werden durch den erwarteten dynamischen Effekt mit der Zeit ausgeglichen sein. Im Zusammenhang mit Steuereinnahmen von Steuerzahlenden in der letzten Progressionsstufe empfehle ich den diversen ablehnenden Parteien links von der FDP, einen Ausflug an den Zürichsee zu unternehmen, und zwar in Richtung meines Heimatbezirks Horgen beziehungsweise noch ein paar Kilometer in die Gemeinden im Kanton Schwyz, die nachfolgend der letzten Zürcher Gemeinde Richterswil folgen. Dort würden Sie sehen, wie viele – sehr viele – Personen mit hohem Einkommen aus dem Kanton Zürich, aus der Stadt Zürich, unserem Bezirk, der Seeregion, umgezogen sind in den letzten 20 Jahren. Allein in dieser Region haben der Kanton Zürich und die Gemeinden im Kanton Zürich massiv an wertvollem Steuersubstrat verloren, und das in den oberen und obersten Segmenten, wo dies richtig wehtut. Allfällige

Standortvorteile, die vonseiten der Steuererhöhungsparteien immer in die Diskussionen eingebracht werden, können hier kaum angebracht werden, weil fünf oder 15 Minuten weiter weg von der Stadt Zürich oder vom Flughafen ist kein Argument und spielt keine Rolle. Und man glaubt es nicht: Seesicht gibt es auch im Kanton Schwyz. Wenn wir diesen Steuersubstratabfluss stoppen oder sogar umkehren können, ist dies sehr erstrebenswert. Es muss das Ziel eines Kantonsparlaments sein, dass das Steuersubstrat stabilisiert und erhöht werden kann, und da gehören attraktive Steuersätze dazu. Die Frage, ob wir uns dies leisten können, steht natürlich im Raum, und wir beantworten dies grundsätzlich mit Ja. Wir haben glücklicherweise einen immer noch bürgerlichen Regierungsrat, einen pragmatischen und wachsamen Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*). Aber ja, dies gelingt natürlich nur, wenn das Parlament im Budgetprozess nicht über die Stränge haut und nicht die Aufwandseite unnötig erhöht. Die Gefahr, dies zu tun, besteht aber leider immer, unabhängig von der heutigen Vorlage und von der Steuereinnahmenseite. Ich hoffe bereits heute, dass die GLP nicht nur das «Grün» im Parteinamen trägt, sondern auch «L» wie «liberal» denkt und somit an weniger Staat und Aufwand und nicht an mehr.

Die SVP steht auf jeden Fall nicht nur für Steuersenkungen, sondern auch dafür ein, den Aufwand im Auge und den Staatshaushalt insgesamt im Gleichgewicht zu halten. Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie aus den erwähnten Gründen, sowohl der Volksinitiative als auch dem Gegenvorschlag der WAK zuzustimmen. Die SVP-Fraktion würde dem Gegenvorschlag den Vorzug geben, aber da dieser leider voraussichtlich nicht zur Abstimmung kommt, unterstützen wir, wie erwähnt, grundsätzlich die Volksinitiative. Und zum Schluss: Für die SVP hat die vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Steuersenkung von 2 Prozent für alle – Firmen und Privatpersonen – oberste Priorität. Wir nehmen die FDP in die Pflicht, dass sie diese Steuersenkung ebenfalls weiterhin unterstützt, und werden nicht akzeptieren, dass beispielsweise wegen dieser Initiative allenfalls die FDP die allgemeine Steuersenkung nicht unterstützt. Vielen Dank.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Ziel der vorliegenden Mittelstandsinitiative wie auch des in der WAK erarbeiteten Gegenvorschlags ist – und da kann der Vertreter des Initiativkomitees noch so viel über die Nullstufe und die anderen Progressionsstufen sprechen –, Ziel der vorliegenden Initiative und des Gegenvorschlags ist die Abschaffung der obersten Progressionsstufe im Zürcher Steuergesetz, die Abschaffung des sogenannten Dreizehners. Nun, die Abschaffung des Dreizehners ist bekanntlich keine neue Frage, sie gehört gewissermassen zu den Evergreens von FDP und SVP. In den letzten 20 Jahren haben sie sich immer wieder darum bemüht, dieses Ziel zu erreichen, und sie sind bislang damit immer gescheitert: dreimal im Kantonsrat, zuletzt 2014 mit einer PI von Hans-Peter Portmann (*Altkantonsrat und jetziger Nationalrat*), einmal an der Urne im Rahmen des unglückseligen Steuerpakets 2011 von Ursula Gut (*Altregierungsrätin*). Nun folgt also der fünfte Anlauf.

Es wird Sie nicht überraschen, die Sozialdemokratische Fraktion wird auch diesmal diesem Ansinnen nicht zustimmen. Wir halten die Forderung nach Abschaffung des Dreizehners erstens für unnötig, zweitens für ungerecht, drittens für finanzpolitisch unsinnig und in diesem Fall, viertens, für ein Beispiel, wie man das Vertrauen in die Politik beschädigt.

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners unnötig? Es ist unnötig, weil der Dreizehner für den Kanton Zürich, Herr Eugster, keinen Standortnachteil darstellt. Im Kanton Zürich wohnen immer noch mehr Einkommensmillionäre als in jedem anderen Kanton. Gut, kann man jetzt natürlich sagen, der Kanton Zürich ist auch der bevölkerungsreichste Kanton in der Schweiz. Das stimmt, ja, und dennoch: Wenn der Dreizehner wirklich so ein grosser Standortnachteil wäre, wie Sie behaupten, wenn die Einkommensmillionäre wirklich, wie Sie sagen, nur auf die Steuerrechnung schauen würden, dann müsste der Kanton Zürich ja bezüglich Einkommensmillionäre völlig entvölkert sein. Ist er aber nicht. Etwas überspitzt könnte man sagen: Die Bürgerlichen haben von den Reichen in unserem Kanton eine viel schlechtere Meinung, als sie dies verdienen. Sie sind eben nicht die kalten, gefühllosen «hominis oeconomi», wie Sie ihnen das unterstellen.

Und weshalb trotz des Dreizehners viele hohe und höchste Einkommen im Kanton Zürich bleiben, ist auch klar, denn die Frage wurde schon in Dutzenden von Studien untersucht. Der Befund all dieser Studien ist einhellig und eindeutig, weshalb es reicht, hier nur eine Stelle aus einer dieser Studien zu zitieren. Zitat: «Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit einer Region und ihrer Attraktivität als Wohnstandort nicht auf die Steuerbelastung allein reduziert werden kann. Viele weitere Faktoren spielen dabei eine Rolle, häufig eine wesentlich wichtigere als die Steuerbelastung: Die Lebensqualität in einer Region, die Lebenshaltungskosten, insbesondere für Wohnen und die Verfügbarkeit von gutbezahlten und attraktiven Arbeitsplätzen, sind hier wichtige Beispiele. Engt man die Diskussion ein und konzentriert sich rein auf die Wettbewerbsfähigkeit durch eine tiefere Steuerbelastung, besteht die Gefahr, trotz tiefer Steuerbelastung aufgrund anderer Faktoren an Attraktivität zu verlieren. Gerade der Kanton Zürich mit einer hervorragenden Positionierung bei vielen dieser Faktoren sollte und muss sich nicht auf die Steuerbelastung allein verlassen.» Besser kann man es eigentlich nicht sagen. Die hier zitierte Studie wurde nicht von einem linken Think tank oder einer den Gewerkschaften nahestehenden Institutionen erstellt, es handelt sich um ein Zitat aus dem im Auftrag der Finanzdirektion erstellten alljährlichen Steuerbelastungsmonitors, der von Ihrer Ratsseite ja als so ungemein wichtig angesehen wird. Dann nehmen Sie ihn doch bitte auch in diesem Befund endlich einmal ernst.

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners ungerecht? Sie ist ungerecht, weil damit einmal mehr jene Gruppe Steuerzahlender profitiert, die schon in den letzten 15 Jahren am stärksten von allen beschlossenen Steuerentlastungen profitiert hat. Seit 1997 hat dieser Rat die Steuern im Umfang von jährlich 1,25 Milliarden Franken gesenkt. Die grössten Brocken davon – zu denken ist etwa an die Erbschafts- und Schenkungssteuer – kamen den hohen Einkommen und den grossen

Vermögen zugute. Und dort, wo von grossen Steuersenkungen auf dem Papier alle Steuerzahler profitiert haben – zu denken wären etwa an Steuerfussenkungen –, haben in der Realität aufgrund der Progression ebenfalls wiederum die gleichen Kreise überproportional profitiert. Und nun sollen also zu diesen 1,25 Milliarden Franken nochmals 350 Millionen Franken jährlich beim Kanton draufgepackt werden und mindestens nochmal so viel bei den Gemeinden, nochmals für die gleiche wohlhabende Klientel? Nein, wir sagen: Die Abschaffung des Dreizehner tritt das Steuergerechtigkeitsempfinden der Menschen mit Füßen, genug ist genug.

Weshalb ist die Abschaffung des Dreizehners finanzpolitisch unsinnig? Es ist finanzpolitisch unsinnig, weil die Abschaffung, wie schon erwähnt, Steuerausfälle von 350 Millionen Franken allein beim Kanton und nochmals so viele Millionen Franken bei den Gemeinden bewirkt, nicht nur einmal, sondern Jahr für Jahr, zusammen also mindestens 700 Millionen Franken jährlich.

Ich meine, bei einem solch fetten Einnahmenausfall müssen wir nicht darüber streiten, ob die Wolken am Finanzhimmel bei den Kantonen und Gemeinden nun aktuell rosig oder dunkelgrau sind. Einen solchen massiven Steuerausfall können sich die öffentlichen Hände schlicht und einfach nicht leisten. Es ist deshalb völlig unstrittig, was die Folge sein wird, Herr Eugster: Entweder müssen Leistungen, die die öffentliche Hand für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt, abgebaut werden, oder es muss die Finanzierung anderer Quellen herangezogen werden, sei es über Gebührenerhöhungen oder höhere Steuern für alle. Welcher Fall auch immer eintritt, das Ergebnis wird dasselbe sein: Der kleine Mann und die kleine Frau wird die Rechnung für dieses Steuergeschenk für die höchsten Einkommen zahlen müssen. Die Prognose sei an dieser Stelle gewagt: In nicht wenigen Gemeinden wird es bei einem Wegfall des Dreizehners zu Steuererhöhungen kommen.

Und schliesslich: Weshalb beschädigt die Mittelstandsinitiative das Vertrauen in die Politik? Weil sie ein Paradebeispiel dafür ist, wie man das Stimmvolk für dumm zu verkaufen versucht. Man schraubt etwas am Steuertarif auch bei den unteren und mittleren Einkommen, schreibt gross «Mittelstandsinitiative» darüber und verschleiert damit, um was es wirklich geht, eben um eine kräftige Steuerentlastung für die allerhöchsten Einkommen. Die Jungfreisinnigen haben ja bei der kürzlichen Abstimmung über die STAF-Vorlage (*Steuerreform und AHV-Finanzierung*) gegen den Kuhhandel getrommelt. Ich muss Ihnen sagen, Herr Eugster, angesichts der Nebelpetardenpolitik, die Sie hier mit dieser Initiative betreiben, ist es doch ziemlich dreist, sich andernorts als politische Hygienepolizei aufzuspielen.

Und dass es eben nicht um den Mittelstand geht, sondern um die Abschaffung des Dreizehners, diese Maske hat dann die FDP in der WAK fallen lassen, mit dem Vorschlag für einen Gegenvorschlag. Dieser führt – zugegeben – zu etwas weniger hohen Steuerausfällen. Das wird aber dadurch erreicht, dass eben die Zückerli für die unteren und mittleren Einkommen reduziert wurden, die Abschaffung des Dreizehners wurde aber natürlich beibehalten. Damit führt der Gegenvorschlag zwar zu weniger Steuerausfällen, ist aber dafür noch asozialer als die Initiative.

Zum Schluss: So wie es aussieht, wird der heutige Tag das Aus für den Gegenvorschlag bedeuten und auch die Volksinitiative wird mit einer doppelten Nein-Abstimmungsempfehlung vom nach wie vor bürgerlich dominierten Regierungsrat und vom Kantonsrat an die Urne gehen. Das ist gut so. Ich gehöre bekanntlich nicht zu jenen, die einen Abstimmungskampf des Kampfes wegen suchen, aber ich sage Ihnen offen und ehrlich: Auf diesen Abstimmungskampf freue ich mich. Wir können gerne einmal mehr eine Diskussion zum Thema «Steuergerechtigkeit» führen und wir können einmal mehr darüber diskutieren, wer in diesem Kanton Politik für den kleinen Mann und die kleine Frau macht. Und wer zwar allenfalls vom Mehr im Portemonnaie des kleinen Mannes und der kleinen Frau spricht und davon, dass dem «Schatz» mehr zum Leben bleiben soll, dann aber klammheimlich eine schamlose Klientelpolitik für die höchsten Einkommen und grossen Vermögen macht auf dem Rücken des kleinen Mannes, auf dem Rücken der kleinen Frau, bitte sehr, diesen Steilpass nehmen wir sehr gerne auf. Wie gesagt, die Sozialdemokratische Fraktion lehnt sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag ab. Ich danke Ihnen.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren): Die nationale STAF ist im Trockenen und bietet uns das, was wir für die juristischen Personen hier in der Schweiz dringend brauchen, nämlich selektive Instrumente, um gute Steuerzahler hier halten zu können. Dies ist im Interesse des Staatshaushaltes und somit im Interesse von uns allen. Denn wenige bezahlen viel, und ohne die Instrumente der STAF würde gerade der Kanton Zürich für sie an Attraktivität verlieren, was zu Verlust von Arbeitsplätzen und Steuersubstrat führen würde. Kein Wunder, setzt sich der Finanzdirektor persönlich vehement für die STAF und auch die kantonale Umsetzung, die SV17 (*Steuervorlage 17*) ein. Und so wie wir auf diese Weise wichtiges Steuersubstrat der Firmen mit gezielten Massnahmen im Kanton halten und hoffentlich auch ausbauen können, so müssen wir uns auch bei den natürlichen Personen Gedanken machen, wie wir gezielt die Attraktivität unseres Kantons für Gutverdienende bei der Einkommenssteuer erhöhen können. Denn auch hier, auch bei den natürlichen Personen, bezahlen wenige viel. Konkret generieren 3,5 Prozent oder circa 30'000 Personen der natürlichen Steuerzahler nicht weniger als 35 Prozent der Steuereinnahmen in Zürich. Die detaillierte Steuerstatistik für das Jahr 2015 ist in der Antwort auf unsere Anfrage 327/2018 nachzulesen. Leider ist es aber so, dass der Kanton Zürich just für diese Steuerzahler alles andere als attraktiv ist. Er findet sich, je höher das Einkommen, weiter hinten in der Rangliste im Vergleich mit den anderen Kantonen. Die jährliche Steuerstatistik zeigt diesen unbefriedigenden und nicht nachhaltigen Status quo seit Jahren in aller Deutlichkeit auf. Und zu was das führt, hat Herr Eugster vorhin eindrücklich geschildert: Trotz Bevölkerungswachstum, Wirtschaftsboom, tiefer Arbeitslosigkeit und steigender Aktienmärkte, die hohe Dividenden abwerfen – die absolute Zahl von Spitzeneinkommen aus Arbeit und Kapitalerträgen stagniert hier im Kanton. Allfällige Zugzuger werden von Wegzögern leider neutralisiert. Und so ist es kein

Wunder, dass der Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen punkto Steuerkraft an Boden verliert. Masse statt Klasse herrscht vor, und dieses Prinzip wird durch die politische Konstellation im Rat leider verschärft.

Neidkultur, das heisst Beibehaltung des Dreizehners, koste es, was es wolle, ist der SP wichtiger als Pragmatismus. Oder es ist ihr auch wichtiger als Steuersenkungen für die eigene Klientel, wie das die Initiative ja genau ermöglichen würde. Aber Sie bodigen den Gegenvorschlag und machen damit natürlich die Initiative zu einer schwierigen Angelegenheit.

Zwar gab es Ende 2017 in der NZZ ein Interview mit dem Titel «Ernst Stocker warnt davor, dass der Kanton Zürich Konkurrenzfähigkeit verliert», aber wir stellen mit Bedauern fest, dass sich unsere Exekutive nur auf die Firmen fokussiert und die Mittelstandsinitiative wie auch den moderaten Gegenvorschlag kurzum ablehnt. Herr Regierungsrat Stocker, lieber Ernst, eine verpasste Chance und ein negatives Signal an die 30'000 Steuerpflichtigen, die diesen Kanton massgeblich finanzieren. In der Geschäftswelt ist es gang und gäbe, dass man grossen wichtigen Kunden speziell Sorge trägt, ihnen bessere Konditionen gibt, für sie spezielle Produkte entwickelt, weil dies unter dem Strich eben im Interesse der ganzen Unternehmung ist. Eine solche unternehmerische Denkweise vermischen wir schmerzlich. Die ewige statische Betrachtungsweise, mit welcher das Steueramt Steuerfragen jeweils beleuchtet, führt im Gegenteil dazu, dass Steuerreduktionen sogleich zum Staatsbankrott hochstilisiert werden, statt dass man sie als strategisches Instrument betrachten und auch so einsetzen würde. Interessanterweise hat ja das gleiche Steueramt, hat der gleiche Regierungsrat bei den viel volatileren Unternehmenssteuern im Zusammenhang mit der kantonalen Umsetzungsvorlage SV17 ausschliesslich dynamisch argumentiert und damit eine grosse Mehrheit hier im Rat und bei den Vertretern der Städte und Gemeinden überzeugen können. Und ich bin überzeugt, dies wird im Herbst auch vom Souverän so verstanden.

Wir haben ein Problem bei der Positionierung. Die FDP hat schon lange erkannt, dass Handlungsbedarf besteht, weil hier Potenzial brachliegt, Potenzial, um die Steuerkraft des Kantons gezielt zu verbessern, was nicht nur dringend notwendig ist, sondern langfristig auch allen zugutekommt und sowohl den Mittelstand als auch die Wenigverdienenden von der Steuerlast entlastet. Wir haben auch konkrete andere Vorschläge eingereicht, was man tun kann, zum Beispiel meine PI zur Senkung der Progression bei der Besteuerung von Pensionskassenbezügen (*KR-Nr. 377/2016*) oder die PI zur Senkung der Progression der Vermögenssteuersätze (*KR-Nr. 339/2017*).

Und bekanntlich fällt der Apfel nicht weit vom Stamm. Auch die Jungliberalen haben mitgedacht und das Problem korrekt erkannt. Die Mittelstandsinitiative versucht die Quadratur des Kreises. Sie will die Attraktivität für Gutverdienende verbessern und gleichzeitig auch bei den tiefen Einkommen, wo der Kanton auch nicht gerade gut dasteht, Remedur schaffen. Da wird also der von den Linken immer gewünschte soziale Ausgleich gleich mitgeliefert – bravo.

In den Diskussionen in der Kommission hat die FDP einen Gegenvorschlag eingebracht, welcher die statischen Steuerverluste um einen Drittel reduziert. Damit

bieten wir dem Stimmvolk eine Auswahl. Wer die angeblich enormen Steuerausfälle von 360 Millionen Franken bei den Staatssteuern fürchtet, hat mit dem Gegenvorschlag eine moderate Alternative. Die FDP stimmt darum sowohl der Mittelstandsinitiative wie auch dem Gegenvorschlag zu. Besten Dank.

Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg): Eines haben die Jungsozialisten und die Jungliberalen gemeinsam: Sie sind sich für Etikettenschwindel nicht zu schade. Die Entlastungsinitiative hat denn mit der Entlastung etwa gleich viel zu tun, wie die Mittelstandsinitiative mit dem Mittelstand. Während die eine die totale Abstrafung der höchsten Einkommen wollte, sucht die andere die Entlastung derselben. Es ist deshalb richtig, dass beide Initiativen gleichzeitig dem Volk unterbreitet werden, so sind sie besser zu entlarven.

Aber zurück zur vorliegenden Mittelstandsinitiative, die ja auch noch ein Geschwisterchen bekommen hat: Der Gegenvorschlag bringt der Etikette nämlich noch einen Aktionskleber an und gibt vor, ein richtiges Schnäppchen zu werden. Fakt ist: Beide Varianten haben einzig zum Ziel, die oberste Progressionsstufe zu kappen. Und als Ablenkungsmanöver gibt man dem Mittelstand ein paar Zückerchen – in der Hoffnung, es merkt's keiner. Nur dass so den Mittelstand die Steuerausfälle teurer zu stehen kommen als die paar Franken Steuerentlastung. Von massiver Entlastung des Mittelstands, wie vom Initianten angeführt, kann nun wirklich nicht die Rede sein.

Cui bono, wem nützt es? Der FDP, die im Wahljahr ihre Klientel bei Laune halten will. Andere Wahljahrideen wollen ja nicht so richtig klappen. Ausgerechnet jetzt, wo wir mit aller Kraft um die SV17 kämpfen müssen, konkurrenziert die FDP die Vorlage mit ihren Partikularinteressen und setzt damit das fragile Gleichgewicht unseres Steuersystems aufs Spiel. Entsprechend klug ist auch die Haltung des bürgerlichen Regierungsrates und des wachsamem Finanzdirektors, beide lehnen die Initiative ab.

Diese beiden Vorlagen, Initiative und Gegenvorschlag, kommen rund 5 Prozent der Bevölkerung zugute. Sie sind ohne Kompensation nicht zu gewinnen, handeln uns nur Giervorwürfe ein und gefährden darüber hinaus die bitter benötigte Unternehmenssteuerreform im Kanton Zürich. Dass der FDP-Präsident (*Altkantonsrat Hans-Jakob Boesch*) uns GLP dann ausgerechnet öffentlich vorwirft, dass wir uns nicht für den Steuerstandort interessieren, ist realitätsfremd und zeugt von offensichtlicher Abgehobenheit gegenüber der Stimmbevölkerung.

Auf die technischen Details muss ich nicht weiter eingehen und auch auf die bereits mehrmals angeführte Historie verzichte ich. Wir schauen lieber nach vorne und werden uns, wie bereits angekündigt, um eine allgemeine Steuerfussenkung bemühen, wenn das Budget dies erlaubt. Die beiden Varianten der Initiative hingegen lehnen wir ab. Und dies war übrigens schon der Fall, bevor die neuen Mehrheiten in diesem Rat absehbar waren.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Mittelstandsinitiative, Gegenvorschlag: Der Mittelstand soll angesprochen werden. Nur, wer zählt eigentlich dazu? Und wer sollte sich eher zur Unter- oder Oberschicht zählen? Und wem nützt diese Mittelstandsinitiative tatsächlich? Das kantonale Steueramt schätzt die Steuerausfälle auf rund 350 Millionen Franken. Das entspricht 5 bis 6 Steuerprozenten. Zudem müssten die Gemeinden bei Annahme der Initiative mit beträchtlichen Steuerausfällen zwischen 7 und 13 Prozent leben. Die Gemeinden werden sich bedanken dafür. Mit der Umsetzung der Steuervorlage im Kanton und der von der Regierung angekündigten Senkung des Steuerfusses stehen weitere Steuerausfälle im dreistelligen Millionenbereich an. Ja, und wer und was soll nun diese Löcher stopfen? Sollen flächendeckend Gebühren erhöht werden? Werden Leistungen bei Bildung und im Gesundheitswesen sowie in der Sicherheit abgebaut? Ich gehe davon aus, dass die Bevölkerung dies nicht gutheissen wird, erst recht nicht, wenn sie merkt, dass sie die Löcher in Form von Gebühren und Leistungsabbau zu be-rappen hat, sind doch vor allem Gebühren eine höchst unsoziale Abgabe: Egal, wie hoch das Einkommen ist, alle zahlen die gleichen Gebühren, was Geringverdienende überdurchschnittlich belastet. Wenn schon der sogenannte Mittelstand bemüht wird, weise ich darauf hin, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Belastungsvergleich bei mittleren Einkommen zwischen rund 50'000 und 200'000 Franken bereits heute eine gute bis sehr gute Position hat. Somit besteht also bezüglich der Steuern kein Handlungsbedarf. Wenn Sie tatsächlich für die Leute mit mittlerem Einkommen etwas tun möchten, dann helfen Sie doch mit, dass auch auf dem Land genügend bezahlbare ausserfamiliäre Kinderbetreuung vorhanden ist, dass die Wohnungsmiete nicht mehr als 20 Prozent vom Einkommen wegfrisst und dass die Krankenkassenprämien höchstens 10 Prozent des Einkommens betragen, denn das sind die Kosten, die für einen Grossteil der Bevölkerung wirklich belastend sind.

Wie der Regierungsrat darlegt, drängt sich weder bei den hohen noch tiefen Einkommen eine Steuersenkung auf. Dabei weist er auf das Steuerpaket des Regierungsrates vom 12. Juni 2008 hin. Dazu gehörte unter anderem der Verzicht auf die oberste Progressionsstufe von 13 Prozent. Das Steuerpaket beziehungsweise die auf dieser Vorlage beruhende Änderung des Steuergesetzes vom 30. März 2009 wurde in der Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 abgelehnt. Ebenso wurde eine PI mit dem Verzicht auf die oberste Progressionsstufe am 31. März 2014 vom Kantonsrat abgelehnt.

Trotz einer Abschwächung der Steuerausfälle ist auch der Gegenvorschlag nicht wirklich besser. Auch beim Gegenvorschlag wird immer noch auf die oberste Progressionsstufe von 13 Prozent verzichtet. Die sogenannte Mittelstandsinitiative – sie heisst ja «Mittelstandsinitiative – weniger Steuern für alle», ich erlaube mir, sie noch zu ergänzen «dafür mehr Gebühren und Leistungsabbau für alle» – lehnen wir Grünen mit aller Deutlichkeit ab.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Diese Volksinitiative erachtet die CVP-Fraktion als Etikettenschwindel. Aber auch der wenig moderate Gegenvorschlag wird

durch die CVP nicht unterstützt. Der Titel dieser Initiative «Weniger Steuern für alle» tönt gut. Aber wie so oft, wenn ein Slogan einfach und gut tönt, lohnt sich der genauere Blick auf den Inhalt. Und dazu lohnt es sich auch einige Fragen zu stellen: Wieso wird nicht gleich der einheitliche Steuersatz für alle gesenkt? Wieso werden nur bei einzelnen Personengruppen die Steuern angepasst? Und welche Personenkreise, die unter dem Etikett «alle» subsumiert sind, ziehen voraussichtlich den grössten Nutzen aus der Initiative? Bei den tiefen und sehr tiefen Einkommen soll eine Erhöhung des Freibetrags um knapp 20 Prozent erfolgen. Das heisst, mehr Personen zahlen keine Steuern mehr. Bei hohen und sehr hohen Einkommen zeigt sich ein anderes Bild: Die höchste Progressionsstufe – wir haben das schon mehrfach gehört – wird abgeschafft, und so sollen hohe Einkommen deutlich geringer besteuert werden. Wir erkennen also: Ganz unten und ganz oben bei den Einkommen soll es zu einer deutlichen Entlastung kommen. Der Regierungsrat hat dies in seiner Antwort mit den Grafiken ja auch sehr anschaulich dokumentiert. Gemäss Aussage der jungfreisinnigen Initianten wird der Mittelstand mit Einkommen zwischen 60'000 und 200'000 Franken netterweise auch moderat entlastet. Da stellt sich tatsächlich die Frage, warum für diese Volksinitiative der Name «Mittelstandsinitiative» gewählt wurde.

In seiner Antwort führt der Regierungsrat auch aus, in welcher Höhe die Steuerzufälle geschätzt werden. Bei der Staatssteuer würden rund 9 Prozent der Steuererträge wegfallen, bei den Gemeinden würden die Erträge zwischen 7 und 13 Prozent reduziert. Manch eine Gemeinde könnte kaum von Zuzüglern profitieren, um dies zu kompensieren. Und da drängt sich zwangsläufig die Frage auf, wo und wie die wegfallenden Steuern kompensiert werden sollen. Rechnen die Initianten ausschliesslich mit einer Welle von einkommensstarken Zuzüglern in den Kanton Zürich? Oder sollen die sinkenden Steuererträge nicht auch durch Sparprogramme und Leistungsabbau kompensiert werden? Und dies genau in einer Phase mit grosser Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung der Steuerkraft und Steuererträge. Noch sind die möglichen Auswirkungen der Steuervorlage 17 nicht ausreichend präzise abschätzbar. Dass die Senkung der Unternehmenssteuersätze zu Mehreinnahmen führen wird, gilt zumindest heute als unwahrscheinlich.

Diese Volksinitiative ist daher inhaltlich fragwürdig und vom Timing her ein ungeschöner Betriebsunfall. Die CVP lehnt sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag ab.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Der «Zürcher Oberländer» berichtet 2018 unter dem Titel «Der Mittelstand fährt steuerlich relativ gut» wörtlich: «Selbst wenn man alle Einkommensklassen einbezieht, auch die höchsten und tiefsten, ergibt sich ein nach wie vor günstiges Gesamtbild für den Kanton Zürich. Die Belastung ist unterdurchschnittlich und beträgt 93,9 Prozent des Landesmittels.»

Wir brauchen weder eine Steuer-Umverteilungsinitiative à la Robin Hood noch eine der beiden heute vorliegenden Kahlschlag-Steuersenkungsvarianten. Diese beiden, Initiative und Gegenvorschlag, würden Kanton und Gemeinden völlig un-

motiviert und unnötig massivst beschneiden. Für die aktuell auf uns zukommenden Herausforderungen gäbe es keinerlei dynamischen Spielraum mehr. Im Gegenteil, die einzige zu beobachtende Dynamik wäre, dass das wegbrechende Steuersubstrat zu neuerlichen massiven Sparmassnahmen in den Gemeinden und im Kanton führen und viele Gemeinden in grosse Nöte bringen würde. So viel Luft zum Ablassen hat es in den allermeisten unserer Gemeinden nicht mehr, definitiv. Unser aktuelles Zürcher Steuersystem ist gut austariert und irgendwelche Hau-ruck-Übungen sind nicht angesagt. Und nebenbei: Wer die unteren und mittleren Einkommensschichten tatsächlich entlasten möchte, tut dies bitte mit gezielten Massnahmen, wie zum Beispiel dem vollumfänglichen Ausschöpfen der Prämienverbilligungsmöglichkeiten der Krankenkassenprämien.

Wir lehnen die Initiative und den Gegenvorschlag selbstverständlich ab.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir nehmen diese Initiative zum Nennwert und schauen, was da drin steht. Und die Folge ist klar: 5 bis 6 Prozent Steuern gehen dem Kanton flöten, wenn diese Initiative angenommen wird. Bei den Gemeinden ist es in etwa dasselbe, das ist nicht nichts. Und profitieren tun die Reichen. Wer über eine Million verdient, zahlt nachher 18'000 Franken weniger Steuern. Damit ist, glaube ich, alles gesagt zu dieser Initiative.

Wir nehmen aber auch die Unterstützer und Unterstützerinnen dieser Initiative zum Nennwert, und das sind, wie ich jetzt gehört habe, FDP und SVP. Bei der FDP kann man sagen, na gut, das ist jetzt die Nibelungentreue zur Jungpartei, sie müssen fast, das kennen wir ja hier drin, das machen auch andere Parteien. Wir kommen nicht in Versuchung, weil wir gar keine Jungpartei haben, um Nibelungentreue halten zu müssen (*Heiterkeit*).

Aber auch die SVP unterstützt diese Mittelstandsinitiative, und wir nehmen Sie eben auch hier zum Nennwert. Das heisst, Sie verabschieden sich hier von einer verlässlichen Finanzpolitik. Sie unterstützen damit, dass der Kanton 350 Millionen Franken weniger Einnahmen hat, wenn Sie diese Initiative unterstützen. Und gleichzeitig wollen Sie am 1. September eine Umsetzungsvorlage (*Steuervorlage 17*) gewinnen, mit welcher der Kanton auch mindestens 250 Millionen Franken weniger Einnahmen hat, weil die Unternehmenssteuern gesenkt werden sollen. Und dann wollen Sie im Herbst noch den Steuerfuss um 2 Prozent senken. Jetzt sagen Sie mir mal: Wie wollen Sie das alles bezahlen? Diese Antwort hätte ich gern von Ihnen gehört. Und all das, nachdem wir ja auch noch ein Sparprogramm hatten, ein Lü16 (*Leistungsüberprüfung 2016*), mit dem etwa eine halbe Milliarde eingespart worden ist. Und jetzt machen Sie ganz klare Klientelpolitik.

Dann noch zum Gegenvorschlag, und das ist ja eigentlich das einzig Interessante hier drin: Ich weiss, dieser Dreizehner ist Ihnen seit den 70er-Jahren, als er eingeführt wurde, ein Dorn im Auge. Das war der Gegenvorschlag zu einer sozialdemokratischen Reichtumsinitiative, und der Urheber dieser Initiative, Franz Schuhmacher, der ja ein streitbarer Alt-SP-Kantons- und Gemeinderat ist, ist immer noch stolz darauf, dass er diesem Kanton diesen Dreizehner beschert hat. Seit den

70er-Jahren wollen Sie diesen Dreizehner abschaffen und sind jedes Mal kläglich gescheitert. Beim letzten Mal am 31. März 2014 waren nur FDP, SVP und die BDP, die hier im Rat nicht mehr vorhanden ist, für die Abschaffung des Dreizehners. Sogar die EDU hat sich mit Verve gegen die Abschaffung des Dreizehners gewehrt. Ich gehe davon aus, dass die EDU – sie ist ja eine prinzipienfeste Partei – ihren Prinzipien treu geblieben ist und sich weiterhin dagegen wehrt.

Jetzt kommt immer noch das Argument «Steuerwettbewerb», Sie nennen das jetzt sogar noch schöner «Steuer-Ranking». Wir leben ja in einer Welt voller Rankings und überall muss man den ersten Platz haben, sonst ist man nichts. Das vernebelt den Blick aufs Wesentliche. Aber schauen Sie doch mal, wer bei diesem sogenannten Steuer-Ranking in der Schweiz zuoberst ist bei Einkommen über 1 Million. Da kommt zuerst der Kanton Zug, dann Obwalden, Innerrhoden, Uri, Nidwalden, Schwyz und Ausserrhoden. Also von diesen Kantonen sind fünf Bon-sai-Kantone, die nur einen einzigen Nationalrat oder eine einzige Nationalrätin in Bern haben. Zug ist das Beverley Hills (*reicher Vorort von Los Angeles*) der Schweiz und Schwyz, das kennen wir, das haben wir gestern gesehen (*gemeint sind Medienberichte in der Sonntagspresse*): Wollerau ist die Gemeinde, die Sie ja so loben, das ist eine Gemeinde, die in den letzten 20 Jahren nach rechts gewandert ist, weil es dort schon genug Millionäre hat, die sich dort suhlen, es braucht nicht noch mehr. Und der nächste Kanton, der in dieser Reihenfolge kommt, das wäre der Kanton Luzern. Und das wissen wir, was dort passiert ist mit diesem Steuerdumping-Wettbewerb der Kantone: Luzern ist pleite, konnte nicht mal mehr Prämienverbilligung zahlen. Und jetzt wollen Sie sagen, das sei das, was wir brauchen, Steuer-Ranking. Sicher gehören unterschiedliche Steuertarife zum Föderalismus, aber was wir hier in der Schweiz haben, ist doch eine sehr ungesunde Spirale nach unten, und das kann es ja nicht sein. Von diesen Kantonen ist zum Beispiel Uri einer der grössten Empfänger im Finanzausgleich. Alle anderen Kantone haben auch jahrzehntelang vom Finanzausgleich profitiert. Und dann machen Sie Steuerdumping und Sie sagen, wir müssten uns jetzt diesen Kantonen annähern. Das ist keine freundeidgenössische Solidarität dieser Kantone, und hier braucht es Leitplanken, damit dieser Steuerwettbewerb nicht ausufert. So geht es nicht weiter und es gehört eben auch dazu, dass wir hier einmal einen Pflock einschlagen.

Dann wurde noch gesagt: Die armen Reichen. 3,5 Prozent bezahlen 35 Prozent der Steuern. Man kann sich schon fragen: Wieso verdienen denn diese Leute so viel? Ist es, weil sie alle so viel leisten, weil sie so viel mehr arbeiten als alle anderen? Oder haben sie vielleicht eine gute Erziehung genossen, finanziert vom Staat? Zuerst hat ihnen der Staat das Gymnasium bezahlt, nachher vielleicht eine halbe Million in ein Medizinstudium investiert, dafür verdienen sie jetzt halt gut. Dann sollen sie auch etwas bezahlen. Das ist doch nichts anderes als Gerechtigkeit. Man kann nicht alles auf staatliche Leistungen machen und dann, wenn man verdient, sagen, man müsse diese armen Geschöpfe «chüderlen» und «höbelen», damit sie im Kanton Zürich bleiben und damit sie weniger Steuern bezahlen. Das

ist doch Mumpitz. Sie bleiben auch sonst hier, weil wir eben Spitze sind, auf verschiedenen Gebieten, darum bleiben sie hier.

Also es ist klar: FDP und SVP verabschieden sich. Ich freue mich auf die Abstimmung am 1. September 2019 über die Steuervorlage 17, wenn man Ihnen vorrechnen kann, wo Sie überall sparen wollen, nicht nur bei den juristischen Personen, Sie wollen auch die Reicheren entlasten. Sie wollen immer nur für Ihre Klientel schauen. Das ist wunderbar.

Wir nehmen Sie zum Nennwert, darum sagen wir Nein zu dieser Steuerinitiative und Nein zu diesem Gegenvorschlag.

Ratspräsident Dieter Kläy: Nun ist der Reigen der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher abgeschlossen, ab jetzt beträgt die Redezeit fünf Minuten.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Auf der Webseite der Mittelstandsinitiative wird mit dem hübschen Slogan «Meh Stutz für alli» geworben. Die Steuern sollen für alle gesenkt und alle Einkommensklassen steuerlich entlastet werden. Der Mittelstand profitiert, so heisst es. Doch was wären denn die Folgen dieser Initiative für den Mittelstand, für die gesamte Bevölkerung? Nun, offensichtlich käme es zu massiven Einbussen bei den Steuereinnahmen, rund 630 Millionen Franken. Laut den Initianten ist das tragbar, es gebe vor allem kantonal noch genügend Sparpotenzial. Auch hinter diesem knackigen Ausdruck steckt so einiges, als Vorschau werfe man einen Blick auf die Kantone der Innerschweiz, welche für ihre Sparpolitik, eine radikale Abbaupolitik, bekannt sind. Abbau, darauf läuft das Ganze nämlich hinaus, und das auf verschiedenen Ebenen: Abbau im Service public, beispielsweise im öffentlichen Verkehr. Da müssen wir uns fragen: Wollen wir gestrichene Linien und überfüllte Busse, welche halbstündlich fahren? Abbau in der Bildung: Wollen wir Zwangsferien, die Streichung von ergänzenden Angeboten und von Freifächern in den Schulen? Abbau in der Gesundheit: Wollen wir weggesparte Prämienverbilligungen? Ich denke nicht. Dies sind nur einige Beispiele, die die wahren Absichten der Initiantinnen und Initianten aufzeigen.

Die Initiative will angeblich die Standortattraktivität Zürichs erhöhen. Doch dieser radikale Abbau auf Kosten der Bevölkerung erscheint mir nicht sonderlich attraktiv. Doch wenn man schaut, aus welchen Kreisen diese Initiative kommt, so ist dies wenig überraschend. Sie ist Produkt von libertären Träumerinnen und Träumern, welche am liebsten die AHV oder gar den gesamten Sozialstaat abschaffen und den freien Markt regieren lassen würden. Dass mit dieser Ideologie des ungezügeltten Marktes Politik für die Reichsten betrieben wird, ist ein offenes Geheimnis. Die wahren Folgen der trügerisch als Mittelstandsinitiative betitelten Initiative wären also statt «Meh Stutz für alli» ein massiver Abbau im Service public und weitere Steuergeschenke für die Reichsten.

Auch der Gegenvorschlag würde zu bedeutenden Steuereinbussen führen. Für Steuergerechtigkeit und eine echte Entlastung des Mittelstandes und der tieferen

Einkommen steht hingegen die Entlastungsinitiative der JUSO. Daher empfiehlt die SP, die Mittelstandsinitiative sowie den Gegenvorschlag abzulehnen.

Nicola Sigrist (SP, Zürich): Erbschaftssteuer: jährlich 235 Millionen Franken weniger; Handänderungssteuer: seit 2005 über 450 Millionen Franken weniger. USR II (*Unternehmenssteuerreform II*): hunderte von Millionen Franken weniger; Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen und weitere geplante Massnahmen im Rahmen der SV17: jährlich 450 Millionen Franken weniger. Nun will der Jungfreisinn mit den rechtsbürgerlichen Fraktionen die Reichsten erneut beschenken, indem er den Spitzensteuersatz kippt: 350 Millionen fehlende Steuerfranken beim Kanton, ebenso viele bei den Gemeinden. Der Gegenvorschlag bedeutete zwar nur läppische 225 Millionen Franken Steuerausfälle sowohl bei Kanton wie bei Gemeinden, dafür werden die tiefsten Einkommen kaum entlastet, während der Dreizehner trotzdem fällt. Benennen wir es als das, was es ist: Es ist Klassenkampf von oben. Es ist Politik für die Besitzenden. Das ist wie immer nicht im Interesse der Zürcher Bevölkerung, das ist nicht im Interesse des Mittelstands und ganz sicher nicht im Interesse der Menschen mit den tiefsten Einkommen. Es gibt eine Alternative – nur eine Alternative –, um den Normalverdienenden wieder mehr Geld ins Portemonnaie zu bringen, jenen Menschen, die nicht jährlich hunderttausende von Franken in einer Chefetage einsacken können. Diese Alternative wurde vom Kantonsrat in der letzten Legislatur leider abgelehnt, es ist die Entlastungsinitiative der JUSO und der SP – für eine echte Entlastung der Bevölkerung, ohne Etikettenschwindel, ohne Steuerausfälle in der Höhe von mehreren hundert Millionen und ohne zwangsläufig folgenden Abbau am Service public.

Lehnen Sie deshalb wie die SP sowohl die vorliegende Initiative wie auch den Gegenvorschlag ab. Für Büezer und Büezerinnen statt für Bonzen. Dankeschön.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Was ich hier in der Hand halte, ist eine 100-Franken-Note. 750 Millionen Franken Steuerverlust muss man sich einmal in 100-Franken-Noten vor Augen führen, das ergäbe ein Gewicht von 7,5 Tonnen. Ein einziger Geldstapel mit 100er-Noten ergäbe bei 7'500'000 Banknoten eine Höhe von 750 Metern. So viel Geld wollen Sie jedes Jahr vernichten. Das ist Geld, das dem Kanton fehlt. Es ist nicht Geld, das dem Regierungsrat oder dem Finanzdirektor fehlt, das er für sich behalten will. Es ist auch nicht das Geld des Kantonsrates, sondern das ist Geld, das ganz unmittelbar der Bevölkerung zugutekommt. Es ist Geld, das in der Bildung eingesetzt wird, es ist Geld, das für Sicherheit und Polizei eingesetzt wird, es ist Geld, das beim Umweltschutz eingesetzt wird, für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Es ist Geld, das auch für den Unterhalt und Aufbau des Strassennetzes eingesetzt wird, es ist Geld, das für die Prämienverbilligung eingesetzt wird, und es ist Geld, das für die Kulturförderung eingesetzt wird. Ich könnte jetzt beliebig lange noch fortfahren.

Sie können nicht einfach so viel Geld vernichten, in der Hoffnung, ja, es kommen dann dafür mehr Leute und dann lösen wir das Problem durch die Menge der guten Steuerzahler wieder. Das ist ein sehr riskantes, ich würde sogar sagen, ein sehr

gefährliches und ein dummes Spiel, das Sie hier treiben. Wenn Sie so in ein Casino gehen würden, dann würden Sie gleich von Anfang Hausverbot bekommen, weil das Risiko, das Sie hier eingehen, schlicht nicht abschätzbar ist. Was Sie mit dieser Initiative erreichen, was Sie garantiert erreichen, ist ein Verlust von Wohlfahrt, es ist ein Verlust von sozialer Sicherheit, es ist ein Verlust von Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und deshalb sollte man dieses Ansinnen klar und eindeutig ablehnen.

Viele sagen, der Kürzel «EVP», der Parteiname, stehe dafür, dass wir eine vernünftige Partei sind. Und vernünftig ist auch unser Steuersystem. Es ist sehr sorgfältig austariert, und es ist ein Akt der Vernunft, dass man an diesem austarierten Steuersystem von keiner Seite, weder von links noch von rechts, mit extremen Forderungen versucht, ein Ungleichgewicht herbeizuführen. Wir werden diese Vorlage entschieden ablehnen. Wir werden es auch mit anderen Vorlagen, wie etwa derjenigen der Jungsozialisten, das Gleiche tun. Doch heute reden wir über die 750 Millionen Franken, die Sie vernichten wollen. Das ist schädlich für den Kanton Zürich.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich zähle mich auch eher zur Masse als zur Klasse. Ich möchte einfach noch auf das Argument hinweisen: Sie haben gesagt, das bezahle sich selber, wenn man die Überschüsse anschaut. Der Finanzdirektor hat die Überschüsse ja nicht einfach aus Übermut und Niedertracht eingefahren. Es ging um den mittelfristigen Ausgleich. Dieser Kanton und auch viele Gemeinden haben Schulden. Es geht um den Schuldenabbau, das ist auch ein Zeichen der Seriosität. Viele Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten ihr Eigenkapital massiv heruntergefahren, sie sind jetzt daran, Eigenkapital wieder aufzubauen. Das macht man nur mit Überschüssen, das sollte man als Gemeinderat wissen. Von daher steht diese Initiative jetzt wirklich völlig quer in der Landschaft.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Ja, die Mittelstandsinitiative ist etwas radikal, und wenn die Klimajugend oder die JUSO radikale Forderungen stellen, dann applaudieren Sie in der Regel und setzen oft auch noch ein politisches Zeichen hinterher. Der wesentlich radikaleren Entlastungsinitiative der JUSO haben Sie jedenfalls, ohne mit der Wimper zu zucken, zugestimmt. Und Sie haben es noch nicht einmal für nötig befunden, einen Gegenvorschlag ins Spiel zu bringen, obwohl Sie wissen, dass diese Initiative ein Schuss ins Knie des Steuerstandortes Zürich ist. Offenbar werden Radikalität und Engagement der Jungen nur dann geschätzt, wenn es ins eigene Weltbild passt. Dabei haben sich die Jungfreisinnigen als Gegenentwurf zur Entlastungsinitiative nicht nur Gedanken darüber gemacht, wie man das Steuersubstrat langfristig im Kanton Zürich halten kann, sondern auch, wie man eine Vorlage mehrheitsfähig machen kann. Nun, dass die SP in Steuerfragen konsequent ideologisch unterwegs ist und sich nie die Frage stellt, wie man denn die Mittel, um ihre Wunschzettel zu finanzieren, auch in Zukunft nachhaltig sichern kann, das wissen wir. Enttäuscht sind wir aber von den sogenannten Mitteparteien, namentlich von der GLP, deren ideologische Scheuklappen offenbar so

gross sind, dass man noch nicht einmal dem Gegenvorschlag zustimmen mag. Sie bevorzugen die Steuerfussenkung, die der Regierungsrat vorgeschlagen hat, obwohl diese in Bezug auf die Standortattraktivität für die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keine nachhaltige Wirkung hat. Ich kann Ihnen vielleicht aus eigener Erfahrung (*die Votantin war Finanzvorständin von Meilen*) sagen, was es für Auswirkungen hat, wenn jemand mit guten Steuerdaten aus einer Gemeinde wegzieht. In meiner Wohngemeinde ist kürzlich, vor einigen Jahren, eine sehr gut steuerzahlende Person weggezogen und unsere einfache Steuerkraft ist um 10 Millionen Franken gesunken. Also das heisst, diese Person hat allein im Kanton Zürich an Staatssteuern mindestens 10 Millionen Franken bezahlt. Wenn Sie sich bewusst machen, dass die durchschnittliche Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner rund 4000 Franken beträgt, dann müssen Sie rund 2500 durchschnittliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben, um diesen Ausfall zu kompensieren. Und wenn Sie sich dann noch vergegenwärtigen, dass neue Einwohnerinnen und Einwohner auch etwas kosten, dann dürften es effektiv etwa drei- bis viermal mehr sein, das heisst, Sie brauchen bis zu 10'000 neue Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, um einen solchen Ausfall zu kompensieren. Ich frage Sie: Wie realistisch ist so etwas?

Als langjährige Finanzvorständin habe ich zudem die Erfahrung gemacht, dass die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leise gehen. Sie verlegen beispielsweise ihren Wohnsitz vor der Pensionierung in die Ferienwohnung, die sie sowieso schon immer hatten, an einem Ort, wo sie halt für den Bezug ihrer Pensionskassenvermögen wesentlich weniger Steuern zahlen müssen. Oder sie sind auf der halben Welt unterwegs und verlegen einfach ihren Lebensmittelpunkt von einem Wohnsitz an den anderen Wohnsitz. Das Haus in der Gemeinde halten sie trotzdem, es kommt also auch kein guter Steuerzahler nach. Oder noch schlimmer: Sie kommen schon gar nicht in den Kanton Zürich, weil sie von Anfang an in einen Nachbarkanton ziehen, wo sie nur einen Drittel der Vermögenssteuern bezahlen und vermutlich auch nicht unbedingt als Bonzen beschimpft werden.

Enttäuscht sind wir deshalb auch von der Regierung, welche seit der äussert knappen Ablehnung des Steuerpaketes im Jahr 2011 keine Steuerstrategie für natürliche Personen hat. Während der Finanzdirektor sich erfreulicherweise für die SV17 kräftig ins Zeug legt, vermissen wir Massnahmen zur Verbesserung der steuerlichen Attraktivität für natürliche Personen. Denn während wir bei den Firmen durchaus auch andere Gründe haben und ihnen auch andere Sachen anbieten können, um sie im Kanton Zürich behalten, haben wir den guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern wenig zu bieten. Denn was ihnen wichtig ist – gute Wohnlage, Ordnung und Sicherheit, gute Schulen und eine gute Anbindung an Strasse, Bahn und Schiene –, das finden sie leider auch anderswo in den steuergünstigen Nachbarkantonen.

Die FDP wird deshalb auch weiterhin alles versuchen, um den Kanton Zürich nicht nur für den Mittelstand, sondern eben auch für die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler attraktiv zu behalten, und zwar nicht zum Wohle einer Klientel,

sondern zum Wohle aller, die nämlich genau von dieser Klientel profitieren. Besten Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich) versucht, in ihr Mikrofon zu sprechen, das aber nur ein Knacken und Rauschen von sich gibt: Mein Mikrofon ist sehr sensibel (Heiterkeit, Zwischenruf von Markus Bischoff: «Wie du auch!»), wie ich.

Frau Frey, ich muss Sie enttäuschen, Ihr Schwarz-weiss-Denken funktioniert nicht immer so einfach, wie Sie das jetzt eben ausgeplaudert haben. Wir haben auch die JUSO-Initiative abgelehnt. Wir wollen diese Bewegung weder nach links noch nach rechts in dieser Radikalität mittragen. Die Debatte, die wir jetzt geführt haben, ist ja wieder einmal verräterisch langweilig, denn sie ist immer dieselbe.

Herr Bischoff hat Fragen an die SVP gestellt: Wie wollen Sie das finanzieren? Nun, die SVP ist die Partei der Millionäre und der Milliardäre, und diese Politik verfolgen Sie. Die sagen Ihnen genau, wie abgestimmt werden muss, und dann tun Sie das auch. Gleichzeitig – und das verblüfft mich dann doch immer wieder ein wenig –, gleichzeitig haben Sie eine Höllenangst, dass diese Milliardäre sich schnöde von Ihnen abwenden. Sie betreiben eine Politik der Angst, indem Sie genau wie die Freisinnigen sagen «Es ziehen alle weg». Wir haben das bei der Aufhebung der Pauschalbesteuerung sehr eindrücklich gehört. Man hatte das Gefühl, dass an der Goldküste keine einzige Villa für Millionäre mehr gebraucht wird, sondern dass überall Sozialwohnungen daraus werden. Es ist die Politik der Angst, die Sie betreiben, und das machen wir nicht. Wir betreiben eine Politik des Selbstbewusstseins. Wir wissen, was der Kanton Zürich anbieten kann. Das Opernhaus Wollerau, meine Lieben, ist nicht so wahnsinnig brillant wie das Opernhaus Zürich, das wir mitfinanzieren. Die Millionäre, die Sie da anbeten und die Sie verehren, kommen nach Zürich und geben das Geld hier aus. Aber sie verlangen auch eine gute Infrastruktur und sie verlangen auch eine Leistung in dieser Beziehung. Das können wir anbieten.

Dann der Spruch der Masse statt Klasse. Gut, ich gehöre auch zur Masse wie mein Kollege Robert Brunner, und Herr Geistlich gehört zur Klasse. Ich weiss nicht, ob diese Art von Klassenkampf hier in diesem Haus geführt werden muss, ich finde ihn lächerlich. Und ich glaube, wir sind besser dran, wenn wir für Stabilität sorgen, und das tun wir, indem wir diese radikalen Steuerinitiativen ablehnen. Ich danke Ihnen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Nur kurz, um ein bisschen das eine oder andere zu korrigieren, das hier gesagt wurde. Betreffend URS II: Der Anteil der juristischen Personen beziehungsweise die Einnahmen daraus sind gestiegen, nicht gesunken. Da kann man nicht jedes Mal, in jeder Diskussion, in der es um Steuern geht, immer wieder bringen. Es ist eine Tatsache im Kanton Zürich.

Das Zweite, Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern: Das war nicht die SVP, die das diktatorisch bestimmt hat, das war das Volk. Und sobald es der links-

grünen Seite nicht passt, so wird sie ignorant. Dann darf man Volksentscheide offenbar plötzlich ignorieren, man darf es kritisieren, man darf es, wenn es bei Diskussionen um Steuern geht, immer und immer wieder erwähnen, als ob das irgendjemand bestimmt hätte. Stellt euch vor, das Volk, das ihr jetzt hier wieder vertreten wollt, hat das so bestimmt. Und das muss man jetzt einfach einmal akzeptieren. Es ist das Volk, es sind nicht wir.

Und Markus Bischoff, zum Thema Studenten: So viel ich weiss, kosten Studenten, da gebe ich dir recht. Und sie bezahlen lange keine Steuern. Darum ist es ja dann doch speziell, dass bei euch in der Regel immer die Studenten aufstehen und zum Thema «Steuern» reden. Das ist mal das eine. Tipp an die Galerie und auch hier drin: Wenn man wirklich Geld verdienen will, dann geht man in erster Linie arbeiten, man erfindet vielleicht etwas. Die reichsten Leute der Welt haben nicht studiert, sie haben gearbeitet oder etwas erfunden, das nur noch nebenbei.

Und zu guter Letzt, liebe Esther Guyer: Der Durchschnitts-SVP-ler geht mit Sicherheit nicht ins Opernhaus, ich übrigens auch nicht. Also ich hänge nicht daran. Dieser Vorwurf, der ist ganz schlecht. Denn wenn eine Partei daran nicht so hängt, dann sind wir das.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Zuerst eine kleine Interessenbindung speziell für den Kollegen Suter: Ich habe auch nicht studiert und ich bin seit 14 Jahren Inhaber einer Kommunikationsagentur. Ich weiss also, wie man Geld verdient. Ich würde aber die Argumente, die von Studenten auf unserer Seite genannt werden, alle eins zu eins unterschreiben.

Ich bin der Kollegin Beatrix Frey sehr dankbar, dass sie sich noch zu Wort gemeldet hat, ich habe nämlich anfänglich gedacht, es sprechen nur die Fraktionssprecher auf bürgerlicher Seite, was in meinen Augen ein bisschen zeigt, dass Ihnen in der aktuellen Situation nicht ganz wohl ist. So wie das auch Kollege Andreas Geistlich – ich weiss nicht, ob es unbeabsichtigt war – ausgedrückt hat, indem er uns vorgeworfen hat, wir würden den Gegenvorschlag bodigen und damit dann diese Volksinitiative in eine schwierige Situation bringen. Ich meine, an dieser Situation sind Sie ganz alleine schuld, indem Sie nämlich diese Initiative lanciert haben, da müssen Sie nicht die Schuld auf unsere Seite schieben.

Ich möchte einfach nochmals daran erinnern, dass diese Initiative 350 Millionen Franken Ausfälle beim Kanton produziert und noch einmal so viel bei den Gemeinden, und das auf die 1,25 Milliarden Franken Steuersenkungen der letzten 20 Jahre drauf. Und Kollege Geistlich hat es angesprochen, was alles auch noch pendent ist und auf dem Wunschzettel der FDP steht, nämlich bei der Kapitalsteuer und bei den Vermögenssteuern und beim Vorbezug der Pensionskasse. Und wenn man das alles summiert, werden wir sicher auch nochmals auf gegen 1 Milliarde Franken kommen. Ich muss einfach festhalten: Sie kriegen den Hals nicht voll.

Und dann noch zu Kollege Marcel Suter, zu seinem ersten Votum, als er da die «Diamantenküste» so sehr gelobt hat, wie man Steuern sparen kann, wenn man dorthin umzieht. Ja, das ist so. Aber man sieht auch, wohin das führt, wenn man

in den Kanton Schwyz schaut, wie die finanzielle Situation des Kantons aussieht. Wir sehen das im Kanton Luzern, wie dort die finanzielle Situation aussieht. Und das hat schlicht und einfach damit zu tun, dass sich diese Kantone – im Gegensatz zum Kanton Zug – diese Tiefsteuerpolitik nicht wirklich leisten können.

Es gibt im Marketing den Begriff der «Me-too-Strategie». Das hat jetzt nichts mit Gender zu tun, sondern mit der Strategie, andere nachzuahmen. Da muss man aber einfach wissen: Was für den Kanton Obwalden oder den Kanton Zug vielleicht funktioniert, funktioniert für den Kanton Zürich aufgrund seiner schieren Grösse einfach nicht. Eine Me-too-Strategie in der Tiefsteuerpolitik können Sie vergessen.

Und noch etwas zu Herrn Suter: Er hat gesagt, die Abschaffung der Erbschaftsteuer sei von der Bevölkerung beschlossen worden. Ja, das ist so. Aber dann nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die Abschaffung des Dreizehners von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Ignorieren Sie diesen Entscheid auch nicht. Dass die FDP schlussendlich diese Initiative unterstützt, das kann ich verstehen. Dass die SVP diese Initiative unterstützt, verstehe ich ein bisschen weniger. Wir werden dann bei der Analyse des Abstimmungsergebnisses auch sehen, ob Ihre Wählerinnen und Wähler Ihrer Parole dann auch wirklich gefolgt sind.

Zum Schluss noch ein Zitat von Oliver Wendell Holmes (*amerikanischer Jurist*), er war Richter am Supreme Court in den USA und hat einmal gesagt: «Ich zahle gerne Steuern, damit kaufe ich mir Zivilisation.» Wir sehen das auch so. Besten Dank.

Meret Schneider (Grüne, Uster): Als Vertreterin der sogenannten unnützen studierten Menschen möchte ich Herrn Suter doch noch kurz darauf hinweisen, dass sich die Gesellschaft nicht in Lesende, Studierende und Arbeitende und Erfinder teilt, nein, es gibt da durchaus einen Zusammenhang. Die allermeisten Leute, die etwas erfinden, haben nämlich studiert. Gegenbeispiele sind herzlich willkommen. Auch Newton (*Isaac Newton, englischer Physiker*) zum Beispiel war kein Bauarbeiter.

Markus Bischoff (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe ja auch studiert und ich hoffe, dass ich jetzt auch arbeite. Das weiss ich zwar nicht ganz genau, aber ich zahle zumindest Steuern, das kann ich sagen. Aber ich kann auch sagen, dass das Studium in der Schweiz doch noch relativ pluralistisch ist. Beatrix Frey und ich waren ja an derselben Kantonsschule im Abstand von etwa zehn Jahren und wir hatten denselben Geschichtslehrer, der notabene FDP-Kantonalpräsident war, und man kann nach diesem Geschichtsunterricht anscheinend doch sehr unterschiedliche Weltbilder haben, das ist doch ein Lob auf die Schule.

Aber ich habe von Ihnen, FDP und SVP, immer noch nicht gehört, wie Sie das alles unter einen Hut packen wollen: Hier 350 Millionen Franken weniger nur für den Kanton. Dann kommt die SV17 am 1. September, bei der man nach diesen dynamischen Berechnungsmethoden 250 Millionen Franken weniger hat beim

Kanton. Und dann wollen Sie noch den Steuerfuss um 2 Prozent senken, das macht auch nochmals 140 Millionen Franken. Das wollen Sie alles in einem Jahr machen. Ich habe noch keine Antwort auf die Frage gehört, wie Sie das schaffen wollen.

Patrick Eugster, Vertreter des Initiativkomitees: Wenn ich schon da bin, dann sage ich nochmal etwas: Ich bin ebenfalls Student, aber zahle immerhin schon etwas Steuern, aber noch nicht so viel, zugegeben.

Zur GLP, Judith Bellaiche: Sie haben tolle Vergleiche mit der Mittelstandsinitiative gebracht, wie gut es für den Mittelstand sei. Ich könnte jetzt auch Sprüche über die GLP machen, wie liberal sie denn sei. Da bin ich dann gespannt auf die Abstimmung nachher.

Viele haben gesagt, es sei ein Etikettenschwindel. Ich habe in meinen zehn Minuten versucht aufzuzeigen, dass das nicht so ist. Der Mittelstand, definiert als die mittleren 60 Prozent der Bevölkerung, zahlt etwa einen Drittel der Einkommenssteuern im Kanton Zürich und wird etwa 50 Prozent der Steuerausfälle zurückerhalten, der Mittelstand profitiert also überproportional. Die Reichen – es wird immer gesagt, es sei eine Reichen-Klientel-Politik, ich bin auch nicht reich, daher kann man davon sowieso nicht sprechen –, die Reichen erhalten nur 75 der 750 Millionen Franken. Die anderen 650 Millionen Franken gehen an den Mittelstand und an die tiefen Einkommen. Von einer Reichen-Klientel-Politik kann man da wirklich nicht sprechen.

Dass man sich die ganze Sache nicht leisten kann: Ich habe versucht aufzuzeigen, dass die Überschüsse bei Kanton und Gemeinden zusammen im Schnitt in den letzten drei Jahren etwa 900 Millionen Franken betragen. In der Primarschule habe ich noch gelernt, dass 900 mehr ist als 750, das Ganze ist also finanziert, ohne irgendwo in den Schulen Lehrer zu entlassen, Klassenlager nicht mehr durchzuführen oder so. Ich glaube, hier drin sind wir alle dagegen, dass dort gekürzt wird.

Dann zum Schluss vielleicht noch zur CVP: Ich bin etwas überrascht, dass ihr uns nicht zustimmt. Wir haben mit Josef Wiederkehr doch einen prominenten CVP-ler im Initiativkomitee (*Heiterkeit*), deshalb hoffe ich, dass ihr und auch die GLP euch jetzt relativ spontan noch umentscheidet. Vielen Dank für das Wort.

Regierungsrat Ernst Stocker: Besten Dank für die gute Diskussion. Immer wenn es um Steuern geht, wird es spannend. Die Haltung der Regierung zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag, aber auch zur JUSO-Initiative ist bekannt: Wir lehnen alles ab, obwohl Herr Eugster die Initiative sympathisch vorgestellt hat, allerdings aus meiner Sicht etwas rückwärtsgewandt. Haben Sie auch die Diskussionen um das Budget 2019 angeschaut? Man hat ja das Budget korrigiert, damit es positiv wird. In der Rechnung werden wir es sehen. Ich bin froh, wenn es positiv wird. Wir sind am Budget 2020, auch hier kämpfen wir mit all den guten Gaben, die im Wahljahr und im Vorwahljahr im Parlament beschlossen wurden.

Nein, selbstverständlich will ich, wollen aber auch Sie, dass Ihr Kanton, Ihre Gemeinde, Ihre Stadt standortpolitisch gut dasteht. Das ist so, und das überlege ich mir immer wieder. Aber ich glaube, man muss das Ganze schon genau anschauen. Deshalb, wenn Herr Geistlich sagt, die Regierung müsse auch einmal etwas geschäftlich, wirtschaftlich denken: Selbstverständlich können wir das machen. Wenn ich das mache, dann muss ich im Hintergrund aber auch immer berücksichtigen, dass das Volk ja ein Stück weit der Verwaltungsrat ist. Der Verwaltungsrat oder die Aktionäre sind das Volk und diese Vorschläge müssen mehrheitsfähig sein. Sonst hat man nichts gewonnen, sondern meines Erachtens eher noch verloren. Wenn ich jetzt das Ganze geschäftlich anschau, muss ich Ihnen zu den Vorschlägen, die heute daliegen, sagen: Als Geschäftsmann würde ich sagen, der Kanton Zürich ist ein gutes, wenn nicht ein hervorragendes Produkt. Jetzt wollen Sie also für die breite Masse, der Sie ein Produkt anbieten, mit dem Sie in der Schweiz auf Rang vier liegen, jetzt wollen Sie für den Mittelstand, die grosse, breite Masse zwischen 80'000 und 200'000 Franken, dieses Produkt günstiger machen und Ausfälle einfahren, sodass Sie nichts mehr verdienen? Das ist ja nicht nötig, wenn ich das als Geschäftsmann anschau. Und diesen 3 Prozent, um die ich ja froh bin, dass sie diese hohen Steuern im Kanton Zürich bezahlen, bin ich dankbar dafür, dass sie auch hier bleiben. Dass wir hier nicht gut positioniert sind, das wissen alle, das wurde auch nicht bestritten. Aber die Frage ist ja: Kommen dann mehr zurück? Ich muss Ihnen einfach sagen: Unsere Hauptkonkurrenten sind Zug und Schwyz. Das sind nicht die Aargauer und die Thurgauer und die Sankt Galler, sondern hauptsächlich sind es Zug und Schwyz, und die bleiben auch mit dieser Initiative oder mit dem Gegenvorschlag deutlich günstiger. Ich wüsste nicht, warum die Abgewanderten zurückziehen sollen. Vielleicht – das mag sein – wird sich der eine oder andere überlegen, ob er jetzt hier bleiben oder weiterziehen soll, aber zum Glück haben wir ja auch noch einige gute Gemeinden im Kanton, die tiefe Steuerfüsse haben. Dort sieht es ja bei diesen Vergleichen auch wieder etwas besser aus, als wenn man die Kantonshauptorte miteinander vergleicht. Aber es ist so, im hohen Einkommensbereich sind wir nicht gut positioniert. Aber diese Vorschläge, die wir hier haben, sind einfach nicht überzeugend. Warum sollen wir den breiten Mittelstand entlasten, wo wir gut unterwegs sind? Warum sollen wir im unteren Bereich entlasten, wo die Leistungen im Kanton Zürich sehr gut sind? Für mich ist es immer auch noch eine staatspolitische Frage. Ich finde es falsch – das wurde jetzt erstaunlicherweise hier drin gar nicht gesagt –, wenn 30 Prozent der Bevölkerung keine Steuern mehr bezahlen. Das würde etwa eintreffen, wenn man diese Limite anhebt. Das finde ich gerade in einem Land wie dem unseren, wo jede und jeder in der direkten Demokratie mitbestimmt, einen staatspolitischen Aspekt, den man nicht vergessen sollte. Auch deshalb lehnen wir die Initiativen ab. Und ich kann Ihnen dazu einfach noch sagen: Die finanzpolitische Situation des Kantons Zürich ist in Ordnung. Sie ist in Ordnung und ich möchte, dass sie in Ordnung bleibt, und wünsche mir, dass Sie das auch möchten. Deshalb lehnen wir die Initiative und den Gegenvorschlag ab.

Minderheitsantrag Benedikt Gschwind, Ruth Ackermann, Judith Bellaiche, Max Homberger, Tobias Langenegger, Beat Monhart, Birgit Tognella:

I. Die Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» wird abgelehnt.

II. Auf den Gegenvorschlag wird nicht eingetreten.

III. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

IV. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat und der Bericht der Minderheitsmeinung des Kantonsrates von dessen Geschäftsleitung verfasst.

V. Mitteilung an den Regierungsrat und das Initiativkomitee.

Abstimmung über Ziff. II der Vorlage 5404a

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Benedikt Gschwind gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen und auf den Gegenvorschlag nicht einzutreten.

Ratspräsident Dieter Kläy: Da Sie auf den Gegenvorschlag nicht eingetreten sind, behandeln wir nun den Teil A der Vorlage, das ist die Volksinitiative.

Detailberatung Teil A der Vorlage 5404a

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Abstimmung über Ziff. I der Vorlage 5404a

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Benedikt Gschwind gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen und die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

II.

Ratspräsident Dieter Kläy: Der Gegenvorschlag hat sich bereits erledigt, da Sie Nichteintreten beschlossen haben.

III.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.